

VON BENJAMIN ROSCH

Basler zu werden ist nicht schwer, teuer dafür sehr. Im vergangenen Jahr hat die Stadt Basel 536 Aufnahmen gutgeheissen, 19 zurückgestellt und nur eine einzige Ablehnung ausgesprochen. Wer sich bewirbt, hat trotz kniffliger Fragen im Einbürgerungsgespräch gute Chancen, in das Bürgerrecht der Stadt aufgenommen zu werden. Dafür muss er aber auch in die Tasche greifen. Ausländische Staatsangehörige mit Geburtsland Schweiz über 25 Jahren blechen 1300 Franken an die Gemeinde Basel, 850 Franken an den Kanton und 100 Franken an den Bund.

Das ist deutlich mehr, als etwa die Stadt Zürich verlangt. In der Schweiz geborene Ausländer bezahlen nach dem 25. Lebensjahr 500 Franken, der gleiche Betrag fällt auch auf Kantonsebene an. In der Stadt Bern bewegen sich die Kosten derzeit auf ähnlichem Niveau wie in Basel, nach einem Vorstoss der Ratslinken prüft der dortige Stadtrat allerdings eine Reduktion der Gebühren.

So soll es auch in Basel geschehen. Zumindest wenn es nach Bürgergemeinderat Pierre-Alain Niklaus aus dem Grünen Bündnis geht. In einer Interpellation fordert er eine Kostenüberprüfung. «Die Höhe der Einbürgerungsgebühren stellt für Personen, die in eher bescheidenen Verhältnissen leben, eine hohe Belastung dar», schreibt Niklaus. Aus staats- und integrationspolitischen Überlegungen sei dies «problematisch». Der Bürgerrat muss nun über Sparmassnahmen im Einbürgerungsprozess nachdenken. Etwa, ob sich die Einbürgerungskommission verkleinern liesse. Diese besteht heute aus 12 Mitgliedern, die in zwei Kammern ta-

«Die Bürgergemeinde Basel hat kein eigenes Einkommen. Würde man die Gebühren senken, müsste das Geld woanders herkommen.»

Stefan Wehrle
Präsident Basler Einbürgerungskommission

gen. Auf kantonaler Ebene blieb ein ähnlich gelagerter Vorstoss ohne Folgen: Vor einigen Jahren blitzte die SP bei der Regierung ab, als sie die kantonalen Einbürgerungsgebühren in Zweifel zog.

«Es ist viel Geld», sagt Beatrice Isler, für die CVP sowohl im Bürgergemeinderat wie auch im Kantonsparlament. Immer wieder machten Gesuchsteller von der Möglichkeit Gebrauch, die Gebühren in Raten abzuzahlen. «Wir bewegen uns mit unseren Gebühren im Schweizer Mittelfeld», sagt hingegen ihr Parteikollege und Präsident der Einbürgerungskommission, Stefan Wehrle. Die Bürgergemeinde arbeite kostendeckend, nicht mehr. «Wir haben



Soll der Schweizer Pass günstiger werden?

Basler werden kann teuer sein.
Eine Aktion der Bürgergemeinde lässt Einbürgerungen derzeit rasant ansteigen.

kein eigenes Einkommen. Würde man die Gebühren senken, müsste das Geld woanders herkommen», sagt er. Einsparpotenzial sieht er in der aktuellen Handhabung kaum. Definitive Antworten liegen im Juni vor, auf dann ist das Anliegen traktandiert. Für die Bürgergemeinde besteht ein Interesse an zusätzlichen Einbürgerungen. Von Ausländern, aber auch von Schweizern, die nicht über das Basler Bürgerrecht verfügen. Während in den vergangenen Jahren die Wohnbevölkerung stetig zunahm, schwand der Anteil von Baslerinnen und Baslern in der Stadt. 2016 zählte Basel nur noch 53 355 Bürger.

Problem erkannt, Aktion lanciert

Inzwischen sind es wieder ein bisschen mehr, denn die Bürgergemeinde hat das Problem erkannt und reagierte mit verschiedenen Aktionen. So erhalten etwa hier geborene Ausländer bis zum 19. Lebensjahr den Schweizer Pass gratis. Das hat zu einem regelrechten Run geführt. «Rund 800 Personen haben sich gemeldet», sagt etwa Wehrle. Gerade für Familien wird der Erwerb des Schweizer Bürgerrechts damit deutlich erschwinglicher. Das drückt sich auch in gestern veröffentlichten Zahlen aus: «2017 liessen sich 949 ausländische Staatsangehörige, 2016 deren 538 im ordentlichen Verfahren einbürgern», schreibt das Migrationsamt in einer Mitteilung. Die Differenz erkläre sich unter anderem damit, dass die Familiengesuche zugenommen hätten. Ein weiterer Grund dürfte darin zu finden sein, dass das Migrationsamt aus Eigeninitiative Personen anschreibt, welche die Wohnsitzvoraussetzungen zur Einbürgerung erfüllen. 2018 waren es bereits 3800 in Basel wohnende Besitzerinnen und Besitzer eines ausländischen Passes, die Post von den Behörden erhalten haben.

Zudem steht Basel im innerkantonalen Vergleich hervorragend da. In Bettingen kostet das erwähnte Beispiel nämlich 1400 Franken und in Riehen sogar satte 1950 Franken.

BÜRGERRECHTSGESETZ

Bund muss richten

Die Bürgergemeinden von Basel, Riehen und Bettingen sehen im neuen Bürgerrechtsgesetz, das der Grosse Rat letzten Herbst verabschiedet hat, Bundesrecht verletzt. Dies berichtet «Online-Reports» unter Berufung auf Bürgergemeinderat Stefan Wehrle. Das Parlament hat einen Automatismus festgelegt, wonach kein Test mehr in Geschichte, Geografie, Gesellschaft und Politik zu leisten habe, wer hier die gesamte obligatorische Schule in Basel-Stadt besucht habe.



Spielplatz-Demo Gestern Montag haben Aktivisten von Greenpeace auf dem Spielplatz Ackerhöfen im Klybeck demonstriert. Der Grund: Unter dem Boden soll sich laut internen Plänen der Firma Ciba-Geigy eine der drei dortigen Chemiemüll-Deponien befinden haben. Die Demonstranten beklagen, dass auf bisherigen Stellungnahmen der Regierung nicht klar ersichtlich sei, welchen Gefahren die spielenden Kinder ausgesetzt seien. FOTO: ZVG/PASCAL STAEDELI

Aggloprogramm: Die Region Basel will mehr

Verkehr Die trinationale Trägerschaft fordert vom Bund, auch den Vollanschluss Aesch an die A18 und eine neue Tramstrecke im Klybeckquartier aufzunehmen.

VON ROGER LANGE

Der Bundesrat hatte am 17. Januar seinen Entwurf für das dritte Agglomerationsprogramm ab 2019 in die Vernehmlassung gegeben. Darin sieht er im Raum Basel Beiträge von 106,64 Millionen Franken für prioritäre A-Projekte vor. Mit B-Priorität listet er weitere Beiträge von insgesamt 170,88 Millionen auf, die noch unverbindlich später vorgesehen sind.

Die triregionalen Partner hatten Ende 2016 Projekte im Gesamtumfang von knapp 600 Millionen Franken für die A-Liste beantragt - davon hatte der Bund also nur gut einen Sechstel berücksichtigt. Entsprechend pochten die regionalen Agglo-Träger gestern vor den Medien in Saint-Louis auf der Berücksichtigung weiterer Projekte.

Als eine der «zentralen Forderungen» nennt das Aggloprogramm Basel den

Bau des Vollanschlusses Aesch an die A18. Da der Bund den Zubringer Dornach im 3. Aggloprogramm schon genehmigt habe, müsse dieser Anschluss an die Hochleistungsstrasse zwischen Delsberg und Basel nun rasch zeitgleich realisiert werden. Der Handlungsdruck im Raum Birs- und Laufental sei «bereits heute sehr gross», hiess es.

Die zweite Hauptforderung betrifft ein Entwicklungsgebiet in Basels Norden: Das rund 30 Hektaren grosse Industrieareal Klybeck wird in den nächsten Jahren umgenutzt, wobei andere Nutzungen wie Wohnen und Gewerbe Einzug halten sollen. Der heute weitgehend geschlossene Industrieregion soll nach Kleinhüningen durchlässiger werden, wobei auch eine «angemessene Trammerschliessung» sehr wichtig sei.

Güterkonzept in 4. Etappe

Neben diesen beiden hat das Aggloprogramm Basel noch weitere Wünsche, die der Bundesrat jetzt höher taxieren solle: Unter anderem sei die Verlängerung des 8er-Trams in Weil am Rhein bis zum Läublinpark als B-Priorität anzuerkennen.

Zudem seien die Kürzungen der Investitionssummen mancher Projekte nochmals zu überprüfen. Bei seinem

Treffen von gestern Montag in Saint-Louis vor Basel hat sich das Aggloprogramm Basel mit der vierten Etappe des Programms beschäftigt, deren Planung intern seit Herbst 2017 laufe. Als ein Schwerpunkt wurde ein regionales Güterverkehrskonzept genannt. Projekte, die im dritten Programm verortet werden, haben im vierten nochmals eine Chance.

Übergeordnete Schlüsselmassnahmen des Aggloprogramms sind derweil unter anderem die S-Bahn-Ausbauten samt Herzstück unter der Stadt und Flughafen-Anschluss sowie der Autobahn-Rheintunnel. Diese sind zwar strategische Aggloprogramm-Teile, werden aber beim Bund über andere Quellen finanziert, nämlich via Fäbi Step-Schiene respektive NAF Step-Strasse.

Im Aggloprogramm-Entwurf bereits als A-Priorität notiert ist unter anderem das Basler Claragraben-Tramprojekt, mit Kosten von 25,11 Millionen Franken und mit einem Bundesbeitrag von 10,04 Millionen. Auf der B-Liste steht das Tram Salina Raurica mit einem Preisschild von 175 Millionen und einem Bundesbeitrag von 70 Millionen. Dort steht auch das Basler Roche-Tram Grenzachstrasse-Schwarzwaldallee. (SDA)